

II-2845 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Zl. 18.119-Präs.A/69

Wien, am 22. Juli 1969

Anfrage Nr. 1324 des Abg. Dr. van Tongel
und Genossen betreffend die Beeinträchtigung
des § 99, Abs. 6, lit. a, StVO 1960 durch andere,
ältere Bestimmungen.

1302/A.B.
ZU 1324/J.
Präs. am 22. Juli 1969

5-fach

An den
Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dr. Alfred M a l e t a
Parlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage, welche die Abgeordneten Dr. van Tongel und
Genossen in der Sitzung des Nationalrates vom 25. Juni 1969
betreffend die Beeinträchtigung des § 99, Abs. 6, lit. a, StVO 1960
durch andere, ältere Bestimmungen an mich gerichtet haben, beehre
ich mich folgendes mitzuteilen:

Die an mich gerichteten Anfragen lauteten:

- 1.) Sind Sie bereit, ehebaldigst eine Novelle zur Straßen-
verkehrsordnung 1960 ausarbeiten zu lassen, mit der auf Grund
einer Selbstanzeige gemäß § 99, Abs. 6, lit. a StVO 1960 auch
die Straffreiheit nach anderen Verwaltungsnormen, wie z.B.
nach den Straßenverwaltungsgesetzen des Bundes und der Länder,
statuiert wird?
- 2.) Sind Sie bereit, zur Erreichung des rechtspolitischen
Anliegens des § 99, Abs. 6, lit. a, StVO 1960 die im vorstehenden
Punkt angeregte Novelle verfassungsrechtlich so zu fundieren,
daß damit auch allfällige landesgesetzliche Strafbestimmungen
erfaßt werden?
- 3.) Halten Sie den im § 30 Bundesstraßengesetz umrissenen Tat-
bestand für eine Angelegenheit der Straßenpolizei oder
Straßenverwaltung und wie begründen Sie Ihre diesbezügliche
Haltung?

Zu Frage 1)

- a) Stellt sich die Hintanhaltung und Ahndung von Beschädigungen
von Straßen als eine Angelegenheit nach Art. 10 Abs. 1 Z. 9
B.-VG. bzw. Art. 15 Abs. 1 B.-VG. dar, so müsste eine dem
§ 99 Abs. 6 lit. a StVO analoge Regelung im Bundesstraßen-

- 2 -

gesetz und in den Landesstraßengesetzen getroffen werden. Für die Vorbereitung solcher gesetzgeberischen Massnahmen ist aber das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie keinesfalls zuständig.

- b) Stellt sich hingegen die Hintanhaltung und Ahndung von Beschädigungen von Straßen als eine Angelegenheit der Straßenpolizei (Art. 11 Abs. 1 Z. 4 B.-VG.) dar, so müsste eine dem § 99 Abs. 6 lit. a StVO analoge Regelung in der StVO getroffen werden, falls die eingangs erwähnte rechtspolitische Prüfung zu einem solchen Ergebnis gelangt.

Zu Frage 2)

Stellt sich die Hintanhaltung und Ahndung von Beschädigungen einer Straße als eine Angelegenheit der Straßenpolizei dar, so würde die unter 1b) erwogene Regelung ohnedies auch andere als Bundesstraßen erfassen; andernfalls müsste von der Landesgesetzgebung die entsprechende Vorsorge getroffen werden.

Zu Frage 3)

Ich beziehe mich auf den von Langer im "Kraftfahr-Jurist" 1969, Seite 36, gemachten Hinweis, daß die Frage, ob die Beschädigung einer Straße unter den Kompetenztatbestand "Straßenpolizei" fällt, oder nicht, Gegenstand eines beim Verfassungsgerichtshof anhängigen Verfahrens sei. Es ist mir verwehrt, der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes vorzugreifen - abgesehen davon, daß die Feststellung, ob ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung gemäß Art. 10 bis 15 B.-VG. in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt, gemäß Art. 138 Abs. 2 B.-VG. dem Verfassungsgerichtshof zukommt und auch nicht im vorliegenden Falle Gegenstand der Vollziehung (Art. 52 B.-VG.) des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie ist. Ich könnte daher die Frage, ob ich "den im § 30 Bundesstraßengesetz umrissenen Tatbestand für eine Angelegenheit

- 3 -

der Straßenpolizei oder der Straßenverwaltung" halte, nur völlig unverbindlich und daher auch nur in einer für eine Fragebeantwortung nicht angemessenen Weise beantworten. Sobald jedoch der Fall vom Verfassungsgerichtshof abgesprochen ist, wird das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, sofern dies erforderlich ist, allenfalls notwendige gesetzgeberische Massnahmen einleiten.

